

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Lorenz Gösta Beutin, Caren Lay, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

**– Drucksache 19/16845 –**

### **Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen zukunftsfähig machen**

#### **A. Problem**

Forderung nach Änderung des Gesetzentwurfs für ein Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen auf Drucksache 19/13398 mit dem Ziel, sozial und ökologisch zukunftsfähige Strukturen zu schaffen sowie Aufforderung an die Bundesregierung, Maßnahmen zur Unterstützung des sozial abgesicherten Kohleausstiegs zu treffen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Wurden nicht erörtert.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/16845 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

**Klaus Ernst**  
Vorsitzender

**Bernd Westphal**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Bernd Westphal

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/16845** wurde in der 143. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. Januar 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE. plädiert im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg für den Aufbau sozial und ökologisch zukunftsfähiger Strukturen. Der Entwurf des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen der Bundesregierung auf Drucksache 19/13398 übernehme die zentralen Bausteine der KWSB für den Bereich Strukturwandel. In einigen Punkten weiche dieser allerdings zum Nachteil der Reviere ab, zudem fehlten einige wesentliche Punkte, die für eine tatsächlich soziale Umsetzung des Prozesses bzw. zur Gewährleistung eines Umbaus der Kohleregionen auf eine nachhaltige, am Ziel der Dekarbonisierung der Volkswirtschaft ausgerichtete Wirtschaftsweise, notwendig seien.

Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion den Bundestag auf, den Gesetzentwurf für ein Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen auf Bundestagsdrucksache 19/13398 zu ändern. Unter anderem fordert die Fraktion, für Beschäftigte in der Kohleindustrie müsse eine staatliche Weiterbeschäftigungs- und Einkommensgarantie gelten. Das Gesetz müsse um das Ziel „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ erweitert werden.

Die Bundesregierung wird unter anderem dazu aufgefordert,

- alle Querverbindungen zwischen dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen und den bisher bekannt gewordenen Entwürfen des Kohleausstiegsgesetzes zu erhalten;
- den Beschäftigten in Steinkohlekraftwerken die Unsicherheit über ihre Zukunft durch bestimmte Anforderungen an die Beschäftigungssicherung zu nehmen;
- die Bundesländer Brandenburg und Sachsen aufzufordern, gemeinsame Gremien zu schaffen, um den notwendigen sozialökologischen Umbau der Lausitz länderübergreifend zu steuern;
- die im Strukturstärkungsgesetz und ggf. in weiteren Gesetzen im Zusammenhang mit klimaschutzbedingtem Strukturwandel vorgesehenen Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung so zu gestalten und abzusichern, dass keinesfalls Standards abgesenkt werden, welche die Umweltinformation, die Bürgerbeteiligung in Genehmigungsverfahren oder den Zugang zu Gerichten garantieren bzw. die den Schutz der Natur zum Ziel haben.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/16845 in seiner 86. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/16845 in seiner 68. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD, FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung..

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/16845 in seiner 85. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 19/16845 in seiner 79. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/16845 in seiner 78. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/16845 in seiner 81. Sitzung am 1. Juli 2020 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/16845 zu empfehlen.

Berlin, den 1. Juli 2020

**Bernd Westphal**  
Berichtersteller